

aber gleichzeitig auch das Komplement zu den Gymnasien. Mit dieser Entwicklung hat sich Joachim Lohmann intensiv auseinandergesetzt und kommt zu dem Schluss, dass die Zweigliedrigkeit gegenüber dem vorherigen Zustand eine Reihe von Vorteilen bietet und insgesamt als Fortschritt gewertet werden müsse.³ Dabei kritisiert er die Begleitforschung zu dieser Entwicklung und wirft ihr vor, die positiven Ergebnisse nicht hinreichend zu erkennen. In einem Teil der Gesamtschulzene ist seine Bewertung als „Anerkennung der Zweigliedrigkeit“ gerügt, teils gar als „Verrat an der Gesamtschule“ ausgelegt worden.

Für die Sekundarstufe II kommt Joachim Lohmann zu einer strukturell einfachen Lösung: eine erweiterte allgemeine Bildung (Hochschulzugangsberechtigung) für alle, möglichst auch eine akademische Bildung. Eleganterweise löst er damit auch den Widerspruch, in dem sich integrierte Schulen mit einer (gymnasialen) Ober-

stufe befinden: Verstehen sie sich als Schule für alle, so sind sie es weitgehend in der Sek I, in der Oberstufe sind sie es nicht (mehr). Der Pferdefuß der Idee vom Abitur für alle: Das geht wohl nicht mit den bestehenden Strukturen und Verfahren in der Sekundarstufe II und dem Abitur. Und einige erklären ihn sicher zum Totengräber der Dualen Berufsausbildung. Wer wird dann noch Klempner? Ja, was ist Joachim Lohmann denn nun: Visionär, Rebell, Pragmatiker?

Lesen Sie seine Aufsätze und entscheiden Sie!

Fußnoten:

¹ Diese Sichtweise ging ziemlich weit: Der Verfasser dieser Zeilen hat selbst miterlebt, dass die 1948 als Einheitsschule gegründete Fritz-Karsen-Schule zunächst nicht als Gesamtschule akzeptiert wurde, weil sie in den Jahrgängen 7 und 8 keine äußere Leistungsdifferenzierung kannte.

² Gemeinschaftsschule/Integrierte Sekundarschule in BE, Oberschule in HB, Stadtteilschule in HH, Gemeinschaftsschule in SL und SH

³ U. a. besucht in diesen fünf Bundesländern mittlerweile mehr als die Hälfte der Schüler die integrierte Schulform.

Offensiv für Gesamtschule – eine Einführung

Joachim Lohmann

Gegenüber der Erziehungswissenschaft wie der Politik ist die Gesamtschule in der Defensive. Tonangebende empirische wie geisteswissenschaftliche Pädagogen halten nichts von Strukturreformen und selbst führende linke Politiker wollen aus Angst vor Wahlen das Ende der Strukturdebatte. Das ist kein Grund für Gesamtschulanhänger, sich verunsichern zu lassen. Die gemeinsame Schule für alle ist die sozial gerechtere Schule und sie wird sich auch in einer demokratischen Gesellschaft durchsetzen. Die vorgebrachten Argumente treffen nicht. Davon wollen die folgenden Artikel überzeugen, zu weiterem Einsatz zugunsten der Gesamtschule motivieren und für Zuversicht werben.

Mit den empirischen Untersuchungen und ihrer Auslegung durch die deutschen Empiriker beschäftigen sich vor allem die beiden Artikel

„Deutsche PISA-Forscher leugnen Strukturbedeutung“ sowie „Die Auflösung der Haupt- und Realschule zugunsten der Gesamtschule ist ein bedeutender Reformschritt“.

- PISA 2018 belegt die in Deutschland außergewöhnlich starke Benachteiligung von Schüler*innen aufgrund ihrer Herkunft. Hauptgrund ist die frühe und starke Selektion von Schüler*innen mit Beginn der Sekundarstufe I. Darauf verweist ausführlich auch das internationale PISA-Forschungsteam sowie dessen Leiter A. Schleicher in seiner Publikation. Hingegen übergeht das deutsche PISA-Team die Strukturfrage völlig. In seiner Reaktion auf meine Kritik beruft sich das Team auf Hattie. Er hätte die Bedeutungslosigkeit von Strukturreformen international nachgewiesen, obwohl Hattie ausgerechnet die deutsche

Schulstruktur bewusst ausnimmt. Auf die Stellungnahme des deutschen PISA-Teams habe ich mit dem o. g. Artikel „Deutsche PISA-Forscher leugnen Strukturbedeutung“ reagiert.

- Auch bei den Untersuchungen zur Zweigliedrigkeit in Berlin und Bremen weisen die beteiligten Empiriker Vorurteile auf. Sie interessieren sich fast ausschließlich für Leistungssteigerungen, die gar nicht zu erwarten waren. Denn in Berlin und in Bremen sind alle nicht-gymnasialen allgemeinbildenden Sekundarschulen umstrukturiert worden. Bei solch einer generellen Umstellung von Schulstrukturen ändern sich die Schülerleistungen nicht sofort. Denn diese hängen vor allem von neuen Einstellungen und Haltungen der Lehrkräfte ab. Das aber braucht Zeit und kann sich nach kurzer Zeit nicht schon auswirken. Erfreulich ist dagegen, dass der Anteil qualifizierter Abschlüsse und Berechtigungen in Berlin und Bremen sprunghaft angestiegen ist. Darauf gehen die Empiriker nur cursorisch ein und unterstellen gleichzeitig, dass die Steigerung der Abschlussquoten auf Leistungssenkung beruhen könnte. Genauer geht darauf mein Beitrag ein „Die Auflösung der Haupt- und Realschule zugunsten der Gesamtschule ist ein bedeutender Reformschritt“.



Joachim Lohmann

Gesamtschulanhänger sollten sich auch von der Kritik von Sozialwissenschaftlern nicht irre machen lassen: So unterstellen El-Mafaalani und Reckwitz, dass die Bildungsexpansion zum Abstieg der geringer Qualifizierten führe. Die Annahme widerspricht sowohl historischen wie ländervergleichenden Einsichten. Ohne starken Aufstieg würde die erschütternd große Ungleichheit der Einkommen noch stärker steigen, worauf der Beitrag „Abitur und Studium für (möglichst) alle“ eingeht.

Auch die Ablehnung von Schulstrukturreformen durch führende Politiker sollte Gesamtschulanhänger nicht schrecken. Politiker bestimmen nicht allein, was gesellschaftspolitisch geschieht. So hatten alle Kultusminister*innen nach dem PISA-Schock im Jahre 2001 das Ende von Strukturreformen beschworen. Doch vor allem linke

Parteibasen widersetzten sich. Ergebnis war die gleichgestellte konkurrierende Zweigliedrigkeit in 5 Bundesländern sowie neue Gesamtschulstrategien in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Diese Reformen wurden von den Wähler*innen akzeptiert und brachten zugleich den endgültigen Durchbruch der Gesamtschule statt ihres politisch beabsichtigten Auslaufens. Siehe auch hierzu „Die Auflösung der Haupt- und Realschule zugunsten der Gesamtschule ist ein bedeutender Reformschritt“.

Für führende Politiker – auch linker Parteien – scheint mit der Zweigliedrigkeit das Ende der Fahnenstange für Strukturveränderungen erreicht. Die befristete Friedenspflicht wird von Legislaturperiode zu Legislaturperiode verlängert. Doch die Politik wird dem Druck von Gesellschaft und der Parteibasis schrittweise nachgeben.

Von Schule wie Politik kam auch aus der Resignation heraus, dass die Gesamtschule ein totes Pferd sei, die Reform-Alternative, Ungleiches ungleich zu fördern: Schulen, die stärker sozial belastet sind, sollten besser mit Ressourcen ausgestattet werden. Das ist zwar richtig, aber diese Maßnahme hebt die strukturelle Diskriminierung nicht auf. Näheres siehe „Die totgesagte Gesamtschule hat ihre Zukunft erst noch vor sich“.

Insgesamt sollten Gesamtschulanhänger ihre Ziele nicht zurückstecken. In einer demokratischen Gesellschaft werden weder benachteiligte Eltern, noch Schulen und ihre Lehrkräfte strukturelle Schuldiskriminierungen auf Dauer dulden; sie werden auch Unterstützung in den Basen linker Parteien finden.

Nicht zurückstecken, sondern die Konzepte weiterentwickeln, muss die Devise sein. Denn das Gesamtschulziel der Chancengleichheit wird durch die gemeinsame Schule in der Sek I allein nicht erreicht. Hierfür notwendig sind auch das Abitur und das Studium für möglichst alle – gleichgültig welche berufliche Perspektive sie anstreben. Allerdings ist hierfür eine grundlegende Reform von Oberstufe, Abitur und Studium erforderlich. Siehe dazu „Abitur und Studium für (möglichst) alle“.